

Regelungsbefreiungsgesetz - Übersicht der eingereichten Anträge seitens des Landkreistages Baden-Württemberg im Namen des Landkreises Esslingen - Stand Ende Juni 2026

	Kurzbeschreibung Thematik	Norm	Datum der Übermittlung	Status
1	Verzicht auf das Ausstellen eines Negativzeugnisses, welches klarstellt, dass es sich nicht um land- oder forstwirtschaftliches Grundstück oder Veräußerung eines grundstücksgleichen Rechts handelt.	§ 5 Satz 1 Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG)	03.11.2025	abgelehnt
2	Reduzierung der Anzahl der Pflanzenschutz-Audits von einmal pro Jahr auf alle drei Jahre.	Nr. 5.1 üVAW des MLR für das Audit nach EU VO 2017/625; Artikel 3 Nr. 30 VO (EU) 2017/625; Verordnung (EU) 2017/625 Kontrollverordnung Artikel 6	03.11.2025	genehmigt
3	Verzicht auf die Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde zur Entscheidung der zuständigen Behörde bei genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften der unter Aufsicht der Landratsämter stehenden kreisangehörigen Gemeinden.	§ 7 Abs. 9 Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG)	03.11.2025	genehmigt
4	Verzicht auf die Anzeigepflicht von Landpachtverträgen durch den Verpächter bei der Landwirtschaftsbehörde.	§ 11 i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG)	03.11.2025	abgelehnt
5	Ausweitung der Ausnahmen von der Pflicht zu Regelbeurteilungen auf Beamtinnen und Beamte, die von sich aus auf eine Regelbeurteilung verzichten und grundsätzlich auf Beamtinnen und Beamte in den Endstufen ihrer Laufbahn.	§ 51 LBG BW	03.11.2025	teilweise genehmigt
6	Verzicht auf die Einholung der Zustimmung des Regierungspräsidiums zur Erteilung bestimmter Aufenthaltstitel	Nr. 1 a) aa), dd) ee), ff) und c) aa), bb) VwV des IM BW über Zustimmungsvorbehalte der Regierungspräsidien bei ausländerrechtlichen Entscheidungen der unteren Ausländerbehörden sowie § 11 Abs. 1 AAZuVO	03.11.2025	teilweise genehmigt
7	Verlängerung der Geltungsdauer von Baugenehmigungen von drei auf fünf Jahre	§ 62 Abs. 1 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW)	03.11.2025	genehmigt
8	Erporbung, ob es weiterhin der Genehmigung der Satzung der Jagdgenossenschaft durch die unteren Jagdbehörden bedarf oder ob Anzeigepflicht ausreicht	§ 15 Abs. 4 Satz 1 JWVG	03.11.2025	genehmigt
9	Anwendung des Art. 65 Bayerische Bauordnung anstelle des § 54 Abs. 1 LBO - für Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	§ 54 Abs. 1 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW)	03.11.2025	abgelehnt
10	Verzicht auf die Anzeigepflicht des Beginns und das Ende der Tätigkeit seitens des Heilpraktikers bei den zuständigen Gesundheitsbehörden	Ziffer 9 der VwV Heilpraktiker	03.11.2025	genehmigt
11	Verzicht auf Dokumentationspflichten für integrierten Pflanzenschutz	§ 34 NatSchG und § 17c LLG	12.11.2025	abgelehnt
12	Regelung zur Breite des Gewässerrandstreifens wird auf bundesrechtliche Regelung zurückgeführt sowie eine generelle Ausnahme für den Bau von Radwegen im Rahmen von RadNETZ-Maßnahmen zulassen.	§ 29 Wassergesetz (WG) und §38 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	12.11.2025	abgelehnt
13	Verzicht auf hebammenrechtliche Anzeigepflichten gegenüber dem Gesundheitsamt	§ 8 Abs. 1 Nr. 1 und § 9 Abs. 5 Hebammenberufsordnung (HebBO)	12.11.2025	genehmigt
14	Befreiung von der Nachweispflicht der kommunalen Aufgabenträger gegenüber dem Land zur Verwendung der jährlichen Verbundförderung nach § 9 Abs. 4 und 6 ÖPNVG	§ 9 Abs. 7 S. 2 ÖPNVG	12.11.2025	genehmigt
15	Befreiung von der Nachweispflicht gegenüber dem Land zur Verwendung der jährlichen Zuweisung nach § 15 Abs. 1 und 3 ÖPNVG	§ 15 Abs. 6 Satz 1 ÖPNVG	12.11.2025	genehmigt
16	Streichung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung im Flurbereinigungsverfahren	Ziff. 2.4 VwV Planfeststellung Flurneueordnung	12.11.2025	genehmigt
17	Auswahlermessens bei der Unteren Flurneuerungsbehörde über die Mitwirkung von Trägern öffentlicher Belange in Flurbereinigungsverfahren	§ 1 Abs. 1, 37 FlurbG i.V.m. Ziff. 2 VwV Mitwirkung Flurneueordnung	12.11.2025	genehmigt
18	Verzicht auf ein nicht-beteiligtes Vorstandsmitglied bei Flurbereinigungsverfahren	§ 2 AGFlurbG i.V.m. § 21 FlurbG	12.11.2025	genehmigt
19	Erfüllungserklärung hinsichtlich der Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen soll nur noch auf Verlangen der Baurechtsbehörde vorgelegt werden.	§ 23 Abs. 7 KlimaG BW	20.11.2025	abgelehnt
20	Einsatz von Personal für fachliche Prüfungstätigkeiten, die die formalen Kriterien der VwVLK nicht erfüllen, aber aus Sicht der unteren Vermessungsbehörde entsprechende Berufserfahrung oder gleichwertige Kenntnisse aufweisen.	Verwaltungsvorschrift für die Führung der Liegenschaftskataster (VwVLK)	20.11.2025	anderweitig erledigt
21	Reduzierung der Intervalle der Aufsichtsprüfung der Standesämter der kreisangehörigen Kommunen durch die untere Fachaufsichtsbehörde	Ziff. 1.2 VwV Aufsicht Personenstandswesen	20.11.2025	genehmigt
22	Verzicht auf die routinemäßige jährliche Meldung der Längen von Gemeindeverbindungsstraßen an das statistische Landesamt.	Erläss Innenministerium BW über Feststellung der Gemeindeverbindungsstraßen vom 19.10.1965, GABl. 1965, S. 539, Abschnitt „IV statistische Auswertung“.	20.11.2025	genehmigt
23	Verzicht auf Genehmigungsverfahren und damit Reduzierung auf eine Anzeigepflicht bei der Rechtsaufsichtsbehörde durch Bürgermeister/in bei Gemeindekassen mit geringem Geschäftsaufkommen.	§ 30 GemKVO	20.11.2025	anderweitig erledigt

24	Reduzierung der Netzwerkveranstaltungen nach VwV Integration 2023 von vier auf eine pro Jahr.	Ziffer 4.2 Buchstabe „e“ der VwV Integrationsmanagement (IM) 2023	20.11.2025	genehmigt
25	Verzicht auf Vor-Ort-Kontrolle der dezentralen Anlagen zur Abwasserbeseitigung.	Ziffer 3.4 der VwV Abwasserbeseitigung ländlicher Raum	20.11.2025	abgelehnt
26	Informationsübermittlung über die kommunalen Beihilfen im Agrarsektor durch die Gemeinden direkt an das Ministerium anstelle über die Landratsämter und Regierungspräsidien.	Nrn. 4.1 bis 4.3 VwV Kommunale Beihilfen im Agrarsektor	20.11.2025	genehmigt
27	Versand von Abfallgebührenbescheiden als PDF-Anhang per E-Mail mit vorheriger schriftlicher Einwilligung der empfangsberechtigten Person, statt in Schriftform.	§ 3 Abs. 1 Nr. 3 KAG i. V. m. § 3a LVwVfG, § 87a AO	27.11.2025	abgelehnt
28	Ermittlung des maßgeblichen Wasser- und Abwasserentgelts von der Antragstelle unmittelbar gegenüber der Bewilligungsbehörde, da dort abschließend über den Förderumfang entschieden wird.	16.3 FrWw - Förderrechtlinie Wasserwirtschaft	27.11.2025	anderweitig erledigt
29	Im Falle der Beantragung der Ökoregel 5 soll von der Nachweispflicht des Vorkommens von mindestens vier Kennarten auf kartierten FFH-Mähwiesen (Kulisse) abgesehen werden.	§ 27 Absatz 1 Zweite GAPRefVO BW bzw. Vorgabe in der innerdienstlichen Anweisung des MLR vom 13.05.25, Anlage 6 Ziffer 6.	27.11.2025	abgelehnt
30	Verzicht auf gesonderte Beantragung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen (AABs) im Rahmen von Bauanträgen	§ 53 Abs. 1 Satz 3 LBO	27.11.2025	abgelehnt
31	Entscheidung über Spielplatzablöse allein bei Gemeinden - Benehmen mit Baurechtsbehörde soll entfallen	§ 9 Abs. 4 LBO	27.11.2025	genehmigt
32	Es soll auf Halbsatz "soweit das Vorhaben einen naturnahen Ausbau des Gewässers bezweckt" verzichtet werden . Verwaltungsverfahren beim Gewässer Ausbau	§ 55 Satz 1, 2. Halbsatz Wassergesetz (WG)	27.11.2025	genehmigt für den Landkreis Emmendingen
33	Verzicht auf den Verwendungsnachweis im Rahmen der Zuwendung für die Bestellung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten in den Stadt- und Landkreisen durch das Land BW	Nr. 6.6 der VwV kommunale Behindertenbeauftragte i. V. m. Nr. 10 der VV zu § 44 LHO	27.11.2025	genehmigt
34	Automatische Vertragsverlängerung des Vertragsmodells "PW 1" (fallweise Betreuung) um weitere fünf Jahre, wenn keine Partei sechs Monate vorher gekündigt und der Waldbesitzende diesem Automatismus im Vorfeld zugestimmt hat.	Ziffer 4.2.1 VwV PrivatwaldVO i.V.m § 5 Satz 1 PWaldVO	04.12.2025	abgelehnt
35	Waldbesitzer soll durch Ankreuzen bestätigen, dass er in letzten drei Steuerjahren unter 300.000€ an De-minimis-Zuwendungen erhalten hat.	Anlage 01 zur VwV PWaldVO i.V.m. § 5 PWaldVO	04.12.2025	abgelehnt
36	Es soll erprobt werden, die bislang getrennt durchzuführenden Prüfungen nach der Versammlungsstättenverordnung und der Brandverhütungsschau in einem einheitlichen, erweiterten Prüfverfahren zusammenzuführen.	§ 45 Abs. 3 VStättVO i.V.m. Ziffern 4.5 und 5.1 der VwV-Brandverhütungsschau	04.12.2025	genehmigt
37	Reduzierung des Umfangs der jährlich an das Sozialministerium zu übermittelnden Daten zu verspätet durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen.	Schreiben des Sozialministeriums vom 23. Mai 2014, Az. 51-5431-4 i.V.m. § 2 Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg	04.12.2025	anderweitig erledigt
38	Verinfachung bzw. Teilwegfall der Dokumentationspflichten im Programmsystem Nachhaltiges Bauen Baden-Württemberg (NBBW) zur Prüfung von Nachhaltigkeitskriterien bei Bauvorhaben.	§ 9 Abs. 2 Satz 3 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz BW	04.12.2025	anderweitig erledigt
39	Für Einfriedungen (Zäune) sowie auf dem Grundstück erforderliche Leitungen, die ausschließlich dem Betrie von verkehrsfreien FFPV-Anlagen dienen, soll anstelle des Baugenehmigungsverfahrens ebenfalls Verfahrensfreiheit gelten.	§ 49 i.V.m. § 50 Abs. 1 LBO	04.12.2025	anderweitig erledigt
40	Entfall der Pflicht zur Übermittlung von Energieverbrauchsdaten für kommunale Gebäude und Anlagen.	§ 18 Abs. 1 KlimaG BW	04.12.2025	abgelehnt
41	Verzicht auf Übersendung von Abfallverwertungskonzepten durch die Baurechtsämter an die Abfallrechtsbehörde.	§ 2, § 3 Abs. 4 LKreiWiG	10.12.2025	genehmigt
42	Verzicht auf nicht im BImSchG geregelten Melde- und Berichtspflichten an die Stabstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz beim Regierungspräsidium	Praxisleitfaden „Verfahrensschritte in Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen“	10.12.2025	anderweitig erledigt
43	Wegfall der Jahresschwerpunktaktionen der Gewerbeaufsicht	Jeweiliger Jahreserlass des Umwelt- oder Wirtschaftsministeriums, je nach Thematik der Jahresschwerpunktaktionen, siehe beispielhaft Jahreserlass des UM vom 26.01.2024, Az. UM25-8973-36/5/1	10.12.2025	in Prüfung durch Ministerium
44	Die in der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) vorgesehene Schriftform für Förderanträge sowie für Vertragsabschlüsse wird durch die Textform ersetzt.	Ziff. 3.19 Landschaftspflegerichtlinie (LPR)	10.12.2025	genehmigt
45	Zuständigkeitskonzentration beim BImSchG-Verfahren auch bei Waldumwandlungen außerhalb des Anlagenstandorts bei der unteren Immissionsschutzbehörde.	§ 9 Abs. 1 Landeswaldgesetz	10.12.2025	abgelehnt
46	Verzicht auf den Verwendungsnachweis im Rahmen der Zuwendung für die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in den Stadt- und Landkreisen sowie Gemeinden durch das Land BW	Nr. 5.7 der VwV kommunale Gleichstellungsbeauftragte i. V. m. Nr. 10 der VV zu § 44 LHO	10.12.2025	genehmigt
47	Verzicht auf die (abschließende) Erfolgskontrolle bei Maßnahmen nach der VwV-LGVFG	Nr. 8 der VwV-LGVFG i. V. m. Nr. 3.3.4 VV zu § 7 LHO	18.12.2025	anderweitig erledigt
48	Verzicht auf die gemeindefachliche Beurteilung und bei Vorhaben nach Abschnitt II Nummer 10.1 auf die Bestätigung des ermittelten maßgeblichen Wasser- und Abwasserentgelts durch das Landratsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.	Ziffer 16.3 der (Förderrechtlinie Wasserwirtschaft 2024 (FrWw 2024)	18.12.2025	abgelehnt
49	Reduzierung des Sicherheitsaudits Straßen-, Rad- und Fußwegebau von drei bzw. zwei auf einen, bei einer Förderung nach dem LGVFG	Ziff. 2.1, 2.2, 2.7.1, 3.2, 3.7.1 VwV LGVFG	08.01.2026	genehmigt

50	Verzicht auf die Berechnung des Klimabonus gemäß VwV LGVFG bei Radwegen	Ziff. 2.2.4 und Anlage 21 von Teil A, Ziff. V der VwV LGVFG	08.01.2026	abgelehnt
51	Befreiung von der Verpflichtung, 5 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten in Marketingmaßnahmen im Bezug zur Regiobuslinie zu investieren.	Ziff. 6 Abs. 5 und Ziff. 9 des Förderprogramms „Regiobuslinien“	08.01.2026	abgelehnt
52	Befreiung von der Verpflichtung, 5 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten in Marketingmaßnahmen für die beantragten On-Demand-Verkehre zu investieren.	Ziff. 5.9, 6.3 und 9 der Förderrichtlinie "On-Demand-Verkehre"	08.01.2026	abgelehnt
53	Befreiung von der Vorgabe aus der einschlägigen Förderrichtlinie, das Bedienebiet zwingend auf ein Über- oder Mittelzentrum auszurichten und bis zum letzten Förderjahr eine festgelegte Bedienebetsgröße zu erreichen.	Ziff. 5.2 der Förderrichtlinie „On-Demand-Verkehre“	08.01.2026	abgelehnt
54	Verzicht auf die Vorschriften des Erlasses für mehr Sicherheit und Leichtigkeit für den Radverkehr durch den richtigen Einsatz von Sperrpfosten und anderen Verkehrseinrichtungen vom 04.08.2025.	Erlass für mehr Sicherheit und Leichtigkeit für den Radverkehr durch den richtigen Einsatz von Sperrpfosten und anderen Verkehrseinrichtungen vom 4. August 2025	15.01.2026	abgelehnt
55	Verzicht auf Kabinettsbeschluss bei der Anordnung kleiner und thematisch klar begrenzter Flurbereinigungsverfahren.	Ziff. 1 der Anweisung für Anordnung, Änderung und Abschluss von Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (AAF)	15.01.2026	genehmigt
56	Verzicht auf die Pflicht zur Verbeamtung von Anwärtern im Vorbereitungsdienst für den gehobenen und den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst in begründeten Ausnahmefällen.	§ 9 AProVerm gD und AProVerm mD	29.01.2026	abgelehnt
57	Verzicht auf das Genehmigungserfordernis durch die Rechtsaufsichtsbehörde, wenn eine Gemeinde ein neues Wappen oder eine neue Flagge einführen möchte.	§ 6 Abs. 1 S. 2 GemO	04.02.2026	anderweitig erledigt
58	Der jährliche Antrag nach Ziffer 6.1 der VwV IBB entfällt. Die Auszahlung des Pauschbetrags erfolgt also ohne Antragstellung.	Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (VwV IBB)	12.02.2026	genehmigt
59	Kürzung bzw. anteilige Rückforderung des Pauschalbetrages erfolgt nur, wenn eine IBB-Stelle nicht ganzjährig betrieben wird.	Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (VwV IBB)	12.02.2026	in Prüfung durch Ministerium
60	Vereinfachung wasserrechtlicher Erlaubnisverfahren bei Bagatellfällen durch Anwendung eines Anzeigeverfahrens mit verbindlichen Schutzaufgaben anstelle des Erlaubnisverfahrens für sehr geringfügige Gewässerbenutzungen.	§ 43 Abs. 2 (Wassergesetz Baden-Württemberg) WG BW	23.02.2026	abgelehnt
61	Verzicht auf die Auslegung von öffentlichen Beratungsunterlagen im Sitzungsraum für die Zuhörer in Papierform.	§ 36a Abs. 3 Landkreisordnung BW	23.02.2026	genehmigt
62	Entfall der Schnittstellenfunktion, die den Landkreisen mit Radverkehrskordinatorinnen oder-kordinatoren nach dem LMG bei Fragen im Zusammenhang mit bestehenden Förderprogrammen als Schnittstelle zwischen RP und den kreisangehörigen Gemeinden obliegt.	§ 5 Abs. 2 Nr. 2 Landesmobilitätsgesetz (LMG)	27.02.2026	genehmigt
63	Verzicht auf die Anwendung des § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz - Tätigwerden der Bodenschutzbehörden.	§ 2 Abs. 3 LBodSchAG	06.03.2026	abgelehnt
64	Vereinfachung der bauordnungsrechtlichen Verfahrensfreiheit mobiler Geflügelställe durch Verzicht auf die Anwendung des ersten bis dritten Spiegelstrichs in Nummer 11, Buchstabe j des Anhangs 1 zur LBO.	Erster bis dritter Spiegelstrich in Nr. 11 Buchstabe j des Anhangs 1 der LBO	09.03.2026	in Prüfung durch Ministerium
65	Verzicht auf die Einschränkungen, wenn Katastervermessungen auf Antrag von Gemeinden durch die unteren Vermessungsbehörden zur Sicherstellung des Erhalts der Fachkompetenz und der Ausbildung des Berufsnachweises durchgeführt werden, bei gleichzeitiger Wahrung des Grundgesetzes, dass diese in der Regel und überwiegend von öffentl. bestellten Vermessungsingenieuren durchgeführt werden.	§ 8 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 Satz 2 und 3 VermG sowie die diesbezüglichen Bestimmungen im Anwendungserlass zum Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes vom 23. Januar 2026, Az. (LGL): 41-2816-12/3/19.	13.03.2026	ruhend
66	Befreiung von der Pflicht zur Anhörung der Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte im Rahmen von Maßnahmen nach dem LGVFG.	Abschnitt A, IV, Nr. 2.4 der VwV-LGVFG i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 d) LGVFG	19.03.2026	anderweitig erledigt
67	Bei Veranstaltungen im Wald kann bei der genehmigungsfreien Personenzahl von den einschlägigen Anwendungshinweisen regelhaft nach oben abgewichen werden, sprich auch größere Veranstaltungen können als nicht "organisiert" gelten.	§ 37 Abs. 2 LWaldG i.V.m. den Anwendungshinweisen zu organisierten Veranstaltungen und Gestattungen für Dritte im Wald vom 16.09.2022	25.03.2026	abgelehnt
68	Verzicht auf die Beglaubigung von Nachweisen und die Vorlage eines Führungszeugnisses in der AProVw gD	§ 13 S. 2 Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst (AProVw gD)	17.04.2026	anderweitig erledigt
69	Von Verpflichtung zur Übermittlung einer formalen Vollständigkeitsbestätigung einschließlich der Mitteilung des voraussichtlichen Entscheidungsdatums im Rahmen von Bauanträgen, seitens der Baurechtsbehörde, soll abgesehen werden.	§ 54 Abs. 2 Nr. 1 LBO	30.04.2026	in Prüfung durch Ministerium
70	Verzicht auf Beglaubigung von Nachweisen in der Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst (AProVerm gD)	§ 8 Abs. 2 Nr. 6 AProVerm gD	06.05.2026	anderweitig erledigt
71	Streichung der ausbildungsbegleitenden schriftlichen Prüfung nach § 13 Absatz 2 der APro-LMK (Veterinärwesen)	§ 13 Absatz 2 der APro-LMK	13.05.2026	anderweitig erledigt

72	Verzicht auf das Verbot bzw. das Befreiungserfordernis, sofern gleichzeitig ein Antrag auf Markfestsetzung oder verkaufsoffenen Sonntag vorliegt.	§ 6 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 FTG	21.05.2026	in Prüfung durch Ministerium
73	Verzicht auf die verpflichtende Kostenberechnung der dritten Gliederungsebene, da eine Förderung bereits auf Grundlage der Kostenschätzung der zweiten Ebene rechtssicher, verlässlich und vollständig zweckentsprechend erfolgen kann.	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff. 11.1	28.05.2026	in Prüfung durch Ministerium
74	Verzicht auf die Regelung nach §20 Abs. 7 ÖPNV-VO über die verpflichtende Erstellung und Vorlage eines Verwendungsnachweises für Ausgleichsmittel für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs im schienengebundenen Personennahverkehr.	§ 2 Abs. 12 i.V.m. 20 Abs. 7 ÖPNV-VO	11.06.2026	in Prüfung durch Ministerium
75	Verzicht auf die Aufstellung des Erweiterten Beteiligungsberichts.	§ 95a Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW)	17.06.2026	in Prüfung durch Ministerium
76	Verlängerung der Geltungsdauer von Bauvorbescheiden von drei auf fünf Jahre.	§ 57 Abs. 1 S. 2 LBO	24.06.2026	in Prüfung durch Ministerium
77	Verzicht auf den Erlass einer Sitzung, dafür Regelung in einer Bestellung. - Vertretungszulage	§ 62a Abs. 4 LBesGBW	25.06.2026	genehmigt
78	Vereinfachung der Berichtspflichten im Rahmen des Verwendungsnachweises für das Förderverfahren der VwV STÄRKE	Ziff. 7.4 VwV Stärke	03.07.2026	in Prüfung durch Ministerium
79	Verzicht auf gesonderte Meldung der Daten an zuständige Behörde nach dem LMG	§ 7 Abs. 2 Landesmobilitätsgesetz (LMG)	08.07.2026	in Prüfung durch Ministerium